

A n t w o r t

des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie

des Abgeordneten Michael Wäschenbach (CDU)
– Drucksache 17/11785 –

Medizinische und organisatorische Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 17/11785** – vom 4. Mai 2020 hat folgenden Wortlaut:

In der Corona-Krise kommen vielfältige Angebote und Unterstützungsmöglichkeiten in Betracht. Die Nutzung in Rheinland-Pfalz ist nicht ganz klar. Die Pflegekammer hat einen Antrag auf medizinisches Fachpersonal zur Unterstützung gestartet. Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wird die Landesregierung u. a. das Kommando Sanitätsdienst Koblenz um Unterstützung der geplanten Corona-Ambulanz im Kreis Altenkirchen bitten?
2. Wie wird die Landesregierung das Universitätsklinikum Münster bei der Studie unterstützen, in der sogenannte Hyperimmunsere von gesunden Corona-Patienten gewonnen werden sollen?
3. Wie könnte das Land Rheinland-Pfalz auch für die Krankenhausmitarbeiter ohne eigenes Auto in der Corona-Krise die Kosten für einen Mietwagen übernehmen, um leichter und sicherer zu ihrem Arbeitsplatz zu gelangen, wie bereits das Land Nordrhein-Westfalen verfährt?
4. In welcher Form könnte die Landesregierung dem Deutschen Roten Kreuz Liegenschaften bzw. Räumlichkeiten zum Blutspenden zur Verfügung stellen, weil es für das DRK aufgrund der Corona-Pandemie immer schwieriger wird, entsprechende Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt zu bekommen?
5. Kann die Landesregierung vergleichbar zu Regelungen in anderen Bundesländern die Pflegekräfte und das medizinische Personal bei der täglichen Verpflegung unterstützen?
6. Wie viele Ärzte und Pflegekräfte, die beim MDK als Gutachter arbeiten, sind vorübergehend in den operativen medizinischen Bereich gewechselt?

Das **Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 15. Juni 2020 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Sollte für den Betrieb der Corona-Ambulanz im Kreis Altenkirchen – trotz der derzeit rückläufigen Entwicklungen der Infektionszahlen – aktuell oder künftig noch Unterstützung durch medizinisches Fachpersonal benötigt werden und ein entsprechender Hilfeleistungsantrag an das Lagezentrum des Landeskommandos gestellt werden, wird die Landesregierung eine Unterstützung bei Bedarfsnotwendigkeit und Vorliegen der rechtlichen Voraussetzungen befürworten.

Zu Frage 2:

Der Landesregierung liegen keine Anfragen bezüglich einer Studie des Universitätsklinikums Münster vor. Das Universitätsklinikum Münster liegt in Nordrhein-Westfalen.

Zu Frage 3:

Der Landesregierung wurden keine Probleme im Zusammenhang mit der Mobilität von Klinikpersonal bekannt oder angezeigt, wie sie möglicherweise in Nordrhein-Westfalen bestanden. Insofern bestand bislang kein Anlass, ein entsprechendes Förderprogramm aufzulegen.

Zu Frage 4:

Im Zuge der Corona-Pandemie gab es nach der Schließung der Schulen vereinzelt Bedenken, nicht genug geeignete Räumlichkeiten zum Blutspenden zu finden. Mit Hilfe der Landesregierung ist es gelungen, dass das DRK in ausreichender Anzahl Räumlichkeiten

zur Verfügung hatte, teilweise auch in Fabrikgebäuden. Das DRK wurde zudem durch die Aufrufe der Landesregierung an die Bevölkerung, sich weiter an Blutspenden zu beteiligen, unterstützt. Es gab zu keiner Zeit Engpässe bei Blutkonserven. Im Gegenteil, die Reserven stiegen durch die Absagen elektiver Eingriffe deutlich an.

Zu Frage 5:

Den Krankenhäusern in Rheinland-Pfalz war es, trotz des allgemeinen Verbots nach Beginn der Pandemie, Restaurants und Kantinen zu betreiben, nach kurzer Zeit wieder gestattet, Verpflegungsangebote für ihre Beschäftigten unter Wahrung von Auflagen zur Infektionsprophylaxe bereitzustellen. Ein konkreter Unterstützungsbedarf über diese Ausnahmeregelung hinaus wurde nicht angezeigt.

Zu Frage 6:

Nach Kenntnisstand der Landesregierung sind derzeit zehn Ärztinnen und Ärzte und 29 Pflegefachkräfte des MDK insbesondere in rheinland-pfälzischen Gesundheitsämtern zur Bekämpfung der Corona-Pandemie im Einsatz.

Sabine Bätzing-Lichtenthäler
Staatsministerin